



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Ratssitzung vom Dienstag, 05.02.2008 wird bestimmt nicht als Glanzpunkt in die Geschichte Braunschweigs eingehen.

Das begann schon bei der Beratung der Tagesordnung. Da die Landes-FDP in der vorigen Woche ihre Absicht mitgeteilt hatte, in die Koalitionsverhandlungen die Forderung nach einem Verkauf der Landesanteile an der Volkswagen AG einzubringen, hatten wir durch Mathias Möreke einen Dringlichkeitsantrag zum Erhalt oder noch besser zur Aufstockung des Anteils gestellt. Ziel war es, mit einer überzeugenden Mehrheit Eindruck auf die Verhandlungspartner von CDU und FDP zu machen – zur Sicherung der Arbeitsplätze und damit im Interesse der Beschäftigten und der Stadt.

Aber zur Anerkennung der Dringlichkeit wird die Zustimmung von zwei Dritteln der Ratsmitglieder benötigt. Und so stimmten CDU und FDP einfach gegen die Dringlichkeit und entzogen sich somit der Notwendigkeit, in der Sache Stellung zu beziehen. Das ist schon traurig genug.

Noch trauriger ist es aber, dass niemand aus beiden Fraktionen die Notwendigkeit sah, dieses Verhalten zu begründen – eine krasse Missachtung des Rates, der Zuhörerinnen und Zuhörer und der Öffentlichkeit. Ganz zu schweigen von dem Eindruck, den es in ganz Niedersachsen, besonders bei der Landesregierung in Hannover, machen muss, wenn der Rat mit einer für die Stadt wichtigen Angelegenheit so umgeht.

Ich habe übrigens den Betriebsrat von VW Braunschweig über unseren Antrag und den Umgang der Mehrheit mit ihm unterrichtet und versichert, dass sich die Braunschweiger SPD weiter für die Beibehaltung und Aufstockung des Landesanteils an VW einsetzen wird.

Das „hohe“ Niveau der Ratssitzung setzte sich ungebrochen fort.

Unter „Mitteilungen“ wies CDU-OB Dr. Hoffmann den Versuch zurück, die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Gerhard Glogowski mit der Forderung nach Veröffentlichung des Mundstock-Untersuchungsberichtes in Frage zu stellen. Zu Recht stellte er fest, dass dieser Bericht nicht einmal einen Anfangsverdacht gegen Glogo begründet und dass diese Forderung ausschließlich der Versuch sei, einem verdienten Braunschweiger durch haltlose Unterstellungen Schaden zuzufügen.

Wäre es dabei geblieben, wäre es gut gewesen.

Aber der OB nutzte diesen Punkt auch zu heftigen persönlichen Angriffen gegen den Ratsherrn Rosenbaum, die weder der Bedeutung seines Amtes noch dem anzustrebenden Niveau einer Ratssitzung entsprechen.

Ich denke, dass Herr Dr. Hoffmann das mit Vorbedacht gemacht hat. Mit dieser Auseinandersetzung, die von Herrn Rosenbaum natürlich auch begeistert

aufgenommen wurde, gelang es ihm hervorragend, von dem unwürdigen Verhalten der Mehrheitsfraktionen bei der Dringlichkeitsdebatte abzulenken.

Das Ergebnis zeigt sich in der Berichterstattung der BZ: Ein Vierspalter zu Hoffmann-Rosenbaum, kein einziges Wort zu unserem VW-Antrag.

Die folgende Fragestunde brachte auch nicht gerade großartige neue Erkenntnisse.

Einer Vielzahl von CDU- oder FDP-Anfragen war deutlich anzumerken, dass sie nur deswegen gestellt wurden, um die Behandlung von Anfragen der BIBS, Grünen oder Linken zu verhindern.

Eine inhaltliche Debatte hätte bei unserm Antrag zur Niwobau stattfinden können. Nachdem ich den Antrag eingebracht hatte, wurde er von den folgenden Sprechern der anderen Oppositionsfraktionen trotz Kritik an Einzelheiten durchgehend begrüßt.

Und dann kam der Auftritt des CDU-Fraktionsvorsitzenden Sehrt, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft sicherlich einiges zur Sache hätte sagen können. Aber statt dessen beantragte er, unseren Antrag in den Finanz- und Personalausschuss zu überweisen, was nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte dann gegen unseren Willen auch geschah. Wenn er allerdings glaubt, damit die Sachauseinandersetzung verhindert zu haben, irrt er: Sie wird nach der Beratung in den Ausschüssen dann eben im nächsten Rat stattfinden.

In diesem Stil – Anträge nicht in der Sache zu diskutieren, sondern mit Hilfe der Geschäftsordnung vom Tisch zu fegen, ging es fleißig weiter.

Die Spitze wurde damit erreicht, dass CDU und FDP sogar den Antrag der BIBS auf Aufstellung eines Klimaschutzplanes durch Übergang zur Tagesordnung vom Tisch wischen wollten, bei dem der Antragsteller selbst die Überweisung in die Fachausschüsse vorgeschlagen hatte. Das wenigstens wurde nach eindringlichen Vorhaltungen korrigiert, und so kann dieser Antrag zusammen mit unserm Ergänzungsantrag auf ein Sofortprogramm zur Energieeinsparung noch weiter beraten werden.

Abgeschlossen wurde die Ratssitzung mit der Beratung des CDU-FDP-Antrages, mit dem die Redemöglichkeiten der Ratsmitglieder drastisch eingeschränkt werden sollten. Dieser Antrag wäre auf heftigen Widerstand der übrigen Ratsfraktionen gestoßen, wie sich auch schon in dem Wortbeitrag von Frau Witte andeutete. Ich hatte dem CDU-Fraktionsvorsitzenden schon vorweg erklärt, dass ich diesen Antrag sozusagen als Kriegserklärung zumindest bezüglich des Umgangs miteinander betrachte.

Nun zogen CDU und FDP nach kurzer Beratungspause ihren Antrag zurück, worauf mehrere Ratsfraktionen, auch wir, sich zu einer sachlichen Beratung zu diesem Punkte im Ältestenrat bereitklärten, was man von vornherein hätte tun sollen.

Ich habe mich ausdrücklich für diese Sinnesänderung bedankt, weil ich weiß, wie schwer es fällt, einen eigenen Antrag so zurückzunehmen.

Wir werden uns allerdings bei den fälligen Beratungen für die Beibehaltung einer fairen und großzügigen Regelung aussprechen, denn wir sind und bleiben der

Auffassung, dass man Debatten nicht mit Geschäftsordnungsanträgen, sondern mit Argumenten führen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender